

ANTRAG

der Fraktionen der CDU und SPD

Ansiedlung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt in Mecklenburg-Vorpommern unterstützen

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag begrüßt den erfolgreichen Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens zum „Gesetz zur Errichtung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt“ und die Ansiedlung der Bundesstiftung mit 75 Stellen in Neustrelitz.

Bundeseinrichtungen sind in Mecklenburg-Vorpommern immer noch unterrepräsentiert. Als eine Maßnahme zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist daher die Ansiedlung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt in einer vom Strukturwandel betroffenen Region ein sehr gutes und wichtiges Signal.

Nicht allein wegen des Stiftungssitzes wird Mecklenburg-Vorpommern profitieren: Ein Schwerpunkt der Stiftung ist die Stärkung und Förderung der Kultur des bürgerschaftlichen Engagements und des Ehrenamtes in strukturschwachen und ländlichen Regionen, wo die bestehenden Strukturen nicht zuletzt durch den demografischen Wandel bedroht sind. Die Maßnahmen der Stiftung werden auch in Mecklenburg-Vorpommern dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt weiter zu verbessern. Der Landtag erwartet in diesem Zusammenhang, dass die Bundesstiftung als hilfreicher Dienstleister das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement nachhaltig stärkt und fördert und zu einer zentralen und gut angenommenen Anlaufstelle für die vielen freiwillig engagierten Menschen sowohl in Mecklenburg-Vorpommern als auch in der gesamten Bundesrepublik wird.

2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, mit ihrer Engagementpolitik die Arbeit der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt im Rahmen der Zuständigkeiten und Möglichkeiten zu flankieren und auf geeignete Weise zu unterstützen. Der Landtag hält darüber hinaus eine Kooperation der im Land erfolgreich agierenden Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement mit der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt für wünschenswert. Hierdurch könnten der Rahmen, in dem Menschen nach ihren eigenen Interessen und Möglichkeiten Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen, erweitert und dem bürgerschaftlichen Engagement in Mecklenburg-Vorpommern zusätzliche Impulse verliehen werden.

Torsten Renz und Fraktion

Thomas Krüger und Fraktion